



Kein Grund zur Sorge? Russlands Präsident Wladimir Putin bestreitet, dass seinem Land eine Rezession drohen könnte. FOTO: IMAGO/ZUMA PRESS WIRE

# „PUTIN WIRD SUBSTANZ VERLIEREN“

Bislang erwies sich die russische Wirtschaft erstaunlich resilient gegen die Sanktionen der USA und der Europäischen Union. Doch es mehren sich die Zeichen, dass die Lasten des Krieges nicht ohne Auswirkungen bleiben.

Von Paul Katzenberger

Aufmerksamen Ohren dürfte beim „Östlichen Wirtschaftsforum“ in Sankt Petersburg Anfang September ein selbsten Ereignis nicht entgangen sein: ein offen zutage tretender Dissens im Gefüge der russischen Staatsmacht. German Gref, Vorstandsvorsitzender der Sberbank, des größten Finanzinstituts Russlands, warnte dort deutlich vor einem Nullwachstum der russischen Wirtschaft. Doch als nur einen Tag später Russlands Präsident Wladimir Putin Stellung zur Lage der Wirtschaft nahm, moderierte er die Sorgen Grefs mit einem Lächeln ab. Er bestritt die Rezessionsgefahr und sprach lieber von einer „weichen Landung“, vor der die überhitzte russische Wirtschaft stehe.

Ein aktueller Bericht der Nachrichtenagentur Reuters deutet darauf hin, dass eher Gref recht behalten könnte. Denn wie die Presseagentur meldet, versuchen im Augenblick viele große Industrieunternehmen in Russland, ihre Lohnkosten zu senken. Sie haben einfach nicht genug Arbeit für ihre Angestellten.

## Automobilproduktion sackt ab

Für den Abbau ihrer Personalkosten sind den Konzernen laut Reuters alle verfügbaren Mittel recht: Sie verkürzen die Arbeitswochen ihrer Mitarbeitenden, schicken sie in unbezahlten Urlaub oder entlassen sie gleich ganz. So hätten die russischen Eisenbahnen, die über 700.000 Mitarbeiter beschäftigen, die Verwaltungsangestellten in der Zentrale im „Haus am Roten Tor“ in Moskau gebeten, zusätzlich zu den Feiertagen und arbeitsfreien Tagen drei weitere Tage pro Monat auf eigene Kosten freizunehmen.

Das Gorki-Automobilwerk (GAZ), ein führender Hersteller von Nutzfahrzeugen mit mindestens 20.000 Beschäftigten, stellte im August auf eine Vier-Tage-Woche um, ebenso wie der Lkw-Hersteller Kamaz mit circa 30.000 Mitarbeitern.

Die Gewerkschaft bei AwtoWAS, Russlands größtem Automobilhersteller mit etwa 40.000 Arbeitskräften, bestätigte gegenüber Reuters, dass vom 29. September an eine Vier-Tage-Woche eingeführt worden sei. Der Konzern lehnte eine Stellungnahme gegenüber Reuters ab. Eine Sprecherin von GAZ betonte allerdings, dass das Unternehmen im Oktober wieder zur Fünf-Tage-Woche zurückgekehrt sei. Kamaz erklärte, seine Situation habe sich nicht geändert, und lehnte eine weitere Stellungnahme ab.

Alrosa, der weltweit größte Produzent von Rohdiamanten, kürzte die

Gehälter aller Mitarbeitenden, die nicht direkt im Bergbau tätig sind, um 10 Prozent. Im Gegenzug wurde ihre Wochenarbeitszeit verkürzt. Außerdem wurden im Frühjahr und Sommer die Arbeiten an weniger rentablen Lagerstätten eingestellt.

## Entlassungen im Kohlebergbau

Laut Branchenangaben kam es in weiteren Betrieben des Bergbaus, aber auch der Metall-, Holz- und Kohleindustrie zu Kürzungen der Wochenarbeitszeit, des Personalbestands und der Produktion. Besonders wurde der russische Kohlebergbau, der etwa 150.000 Menschen beschäftigt, durch den Rückgang von Exporten getroffen.

Der stellvertretende Ministerpräsident Alexander Nowak hatte Putin bereits im April gewarnt, dass sich die finanzielle Lage des Wirtschaftszweigs verschlechtere und 30 Unternehmen – mit etwa 15.000 Beschäftigten und einer Jahresproduktion von etwa 30 Millionen Tonnen – vor der Insolvenz stünden. Im Kusnezr Becken in Sibirien, auch Kusbass genannt, wo sich einige der weltweit größten Kohlevorkommen befinden, gaben lokale Behörden im September bekannt, dass 18 von 151 Unternehmen stillgelegt worden seien.

Alexander Kotow, Partner der Unternehmensberatung „Nefit Research“, die unter anderem auf die Förderung des schwarzen Goldes spezialisiert ist, erklärte gegenüber Reuters, dass in der ersten Hälfte dieses Jahres 19.000 Kohlearbeiter ent-

lassen worden seien. „Wenn wir nicht dringend damit beginnen, die Kohleindustrie zu retten, könnte die Krise einen Dominoeffekt entwickeln“, warnte der Consultant.

Wladimir, ein Kohlekumpel im Kusbass, beklagte sich gegenüber Reuters, dass sein Gehalt gekürzt worden sei: „Ich habe jetzt eine höhere Position, verdiene aber weniger als in der niedrigeren Stellung, die ich vorher hatte“, sagte der Bergmann, der seinen Nachnamen nicht nennen wollte. Das Geld reiche zum Leben, und einige Kollegen hätten Arbeit in anderen Regionen gefunden, aber im Donezker Becken sei die Lage sehr angespannt: „Die Löhne wurden überall gekürzt, wirklich überall im Kusbass“, stellte er klar: „Sie sagen, (...) Kohle sei nicht gefragt.“

Aufgrund mangelnder Nachfrage schloss auch die Sveza-Gruppe ihr Sperrholzwerk in der westsibirischen Großstadt Tjumen, 1700 Kilometer östlich von Moskau, 300 Menschen verloren ihren Job.

## Zementhersteller hat Probleme

In Russlands riesiger Stahlindustrie – mit einer Produktion von 71 Millionen Tonnen im Jahr 2024 die fünfgrößte der Welt – gibt es ebenfalls deutliche Anzeichen für Ungemach. Noch wird an fünf Tagen pro Woche gearbeitet – aber fast alle metallverarbeitenden Betriebe würden Hilfskräfte abbauen, sagte eine anonyme Quelle, die der Branche nahesteht.

Cemros, mit 13.000 Mitarbeitern Russlands größter Zementhersteller, führte bis zum Jahresende eine Vier-Tage-Woche ein: „Dies ist eine notwendige Maßnahme zur Krisenbewältigung“, sagte Cemros-Sprecher Sergei Koschkin gegenüber Reuters. Die gestiegenen Importe aus Ländern wie China, Iran und Belarus in Verbindung mit einem Rückgang beim Neubau von Häusern hätten die Nachfrage nach Zement gedämpft. Cemros geht davon aus, dass Russland in diesem Jahr weniger als 60 Millionen Tonnen Zement verbauen wird. Auf diesem vergleichsweise niedrigen Niveau lag die Zahl zuletzt während der Corona-Pandemie.

Das „Center for Macroeconomic Analysis and Short-term Forecasting“ – eine gemeinnützige Wirtschaftsforschungs-NGO in Moskau, schätzt, dass Zweige der Ökonomie,

die nicht zur Rüstungsindustrie gehören, seit Jahresbeginn um 5,4 Prozent geschrumpft sind. Das Center sagt für dieses Jahr einen deutlichen Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 0,7 bis 1,0 Prozent voraus. 2024 war das Bruttoinlandsprodukt noch um 4,3 Prozent gestiegen.

Mit dieser Entwicklung bestätigt sich die Prognose, die die russische Zentralbankchefin Elwira Nabiullina bereits kurz nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Frühjahr 2022 aufgestellt hatte. Die Volkswirtin warnte damals davor, dass vom Westen verhängte Sanktionsregime kurz- und mittelfristig erhebliche Inflationsgefahren mit sich bringen und der russischen Wirtschaft hohe Preissteigerungen, Kapitalabfluss und eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung drohen würden. Präsident Putin betonte demgegenüber, dass Russland robuste Reserven habe und dem wirtschaftlichen Druck standhalten könne.

Für die kurze Frist sollte der Kremlchef – auch dank Nabiullinas umsichtiger Geldpolitik mit Kapitalverkehrskontrollen und einem drastisch erhöhten Leitzins auf bis zu 21 Prozent – recht behalten: Der Einbruch der russischen Wirtschaft, den etwa auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) für 2022 mit minus 10 Prozent veranschlagt hatte, blieb aus. Stattdessen fiel das russische BIP im ersten Kriegsjahr nur moderat um 2,2 Prozent, um in den beiden folgenden Jahren allerdings mit mehr als vier Prozent allein im Jahr 2024 zu wachsen.

Gunther Schnabl, Direktor des Think Tanks Flossbach von Storch Research Institute und Professor an der Universität Leipzig, bezeichnet diesen günstigen Verlauf als „positiven Schock“. „Die plötzlich gestiegene geopolitische und geökonomische Unsicherheit hat die Preise für Öl, Gas und Weizen auf den Weltfinanzmärkten steil steigen lassen“,

sagt der Ökonom. „Da dies alles Produkte sind, die Russland ausführt, hat ein stark steigender Exportüberschuss sehr viel Geld in die russische Staatskasse gespült.“ Die zusätzlichen Einnahmen seien durch hohe Zahlungen an Soldaten und die Ausweitung der Kriegsproduktion schnell unter Volk gebracht worden, was den Konsum und die Staatsnachfrage gestützt habe.

Die Sanktionen der EU hätten zwar bedeutet, dass diese ihre Öl- und Gasimporte aus Russland reduziert habe. Doch den Rückgang der Rohstoffimporte aus dem Westen habe Russland durch mehr Energie- und Rohstoffausfuhren nach China, Indien und in die Türkei kompensieren können.

## Drei negative Faktoren

„Doch längerfristig greifen nun drei Faktoren gegen die russische Wirtschaft durch“, sagt Schnabl: „Erstens: Wenn Sie viel Geld ausschütten, kommt es zur Inflation, die auf über 10 Prozent angestiegen ist. Das senkt die Kaufkraft.“

Zweitens: Die wichtigen Inputfaktoren bei der Industrieproduktion seien Arbeit, Kapital und Energie: „Letztere ist nicht so entscheidend, weil Russland über große Energieressourcen verfügt“, so der Ökonom. Aber bei Arbeit und Kapital sei der Trend klar nach unten gerichtet: Geringe Geburtenraten, Abwanderung, Kriegstote und der Abzug von Arbeitskräften in die Kriegsökonomie fegen den Arbeitsmarkt leer. Wegen der hohen Inflation und wegen des schwachen Rubelkurses sei die Zentralbank zudem gezwungen, den Leitzins zu erhöhen, und „das treibt die Kapitalkosten nach oben“, verdeutlicht Schnabl.

Drittens sei der Ölpreis seit Mai 2022 immer stärker gesunken, und das schwäche die Finanzkraft des Kremls: „Ich würde vermuten, dass man in Washington daran arbeitet, den finanziellen Spielraum der russischen Regierung Stück für Stück weiter einzuschränken, indem man versucht den Ölpreis zu drücken und Umgehungswege wie in China, in Indien und der Türkei zu schließen“, sagt Schnabl. Die US-Regierung verfügt über große Energieressourcen und arbeitet systematisch daran, mehr Öl und Gas zu exportieren. Damit kann sie die Weltmarktpreise für Energie direkt beeinflussen.

Die große Euphorie des Aufschwungs sei vorbei, ist sich Schnabl sicher: „Die Lasten des Krieges werden jetzt strukturell immer weiter in die Wirtschaft und in die Bevölkerung hineinschicken, und es wird für Putin schwer sein, eine Medizin dagegen zu entwickeln. Er wird dadurch wirtschaftlich und politisch an Substanz verlieren.“



„Ich würde vermuten, dass man in Washington daran arbeitet, den finanziellen Spielraum der russischen Regierung Stück für Stück weiter einzuschränken.“

Gunther Schnabl, Direktor des Think Tanks Flossbach von Storch Research Institute und Professor an der Universität Leipzig



Vom Abbau betroffen: Russlands riesige Stahlindustrie zeigt deutliche Anzeichen einer Krise. Hier ein Werk in Nowokusnezsk zu sehen, einer Großstadt im Kohlerevier Kusbass im Südwesten Sibiriens. FOTO: IMAGO/YAROSLAV BELYAEV



Ihre Warnungen vor einer Inflation bestätigen sich: Zentralbankchefin Elwira Nabiullina. FOTO: IMAGO/SNA